

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 11. Dezember 2006

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

5. Sitzung vom Montag, 11. Dezember 2006, 18.00 bis 23.00 Uhr, im reformierten  
Kirchgemeindehaus

**Anwesend:**

**Gemeinderat**

Bis Traktandum 1: 25 Mitglieder

Ab Traktandum 2: 28 Mitglieder

Ab Traktandum 3: 27 Mitglieder

**Stadtrat**

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanni Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Ruth Ledergerber, Stadtschreiberin

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber-Stv.

André Rollin, Abteilungsleiter Finanzen

**Abwesend (entschuldigt):**

Peter Fehr (bis und mit Traktandum 1)

Markus Wobmann (bis und mit Traktandum 1)

Hansruedi Fitze (bis und mit Traktandum 1)

Hanni Guyer (bis und mit Traktandum 1)

Andrea Spycher-Maag (ab Traktandum 3)

**Vorsitz:**

Rosa Pfister-Kempf

**Protokoll:**

Roger Suter, Ratssekretär

**Weibeldienst:**

Stefan Wyss, Stadtweibel-Stv.

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das zahlreich erschiene Publikum (gegen 100 Personen) und die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Traktandenliste

Die Vorsitzende beantragt, die Geschäfte Nr. 2 „Interpellation Daniela Gehring betr. Firma Breitenstein – Antwort des Stadtrates“ und Nr. 3 „Rahmenkredit Planung Erachfeld/Gringglen“ abzutauschen, da Stadträtin Hanni Guyer noch auswärts an einer Sitzung weilt. Gegen diesen Antrag erwächst keine Opposition. Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung genehmigt. Sie lautet:

1. Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2006
2. Planung „Erachfeld/Gringglen“; Zielsetzung und Planungskonzept – Rahmenkredit 750'000 Franken
3. Interpellation Daniela Gehring betr. Vertragsauflösung mit der Firma Breitenstein Transport – Antwort des Stadtrates
4. Schulhaus Hohfuri / Spielwiese Schulhaus Schwerzgrueb / Abwartehaus – Überführung vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen
5. Voranschlag 2007
6. Einbürgerungsgesuche
  - a) Kiliç-Sonttepe Ismail und Aysel, mit Mücahit und Mehmet (Türkei)
  - b) Nayki Mehmet Mustafa (Türkei)
  - c) Thirunavukarasu Krishnakumar und Krishnakumar geb. Amarasingam Subatha, mit Abiramy und Ashwin (Sri Lanka)
  - d) Adilovic-Milanovic Ishak und Mesudina, mit Asmir und Senedin (Bosnien und Herzegowina)
  - e) Vilus-Vidovic Mato und Nevenka, mit Marjia und Vilus (Kroatien)
  - f) Ilic-Biševac Huzeir und Mirsada, mit Emra und Albin (Serbien und Montenegro)
  - g) Pepaj Nue, mit Luigi und Merita (Serbien und Montenegro)
  - h) Gjakova Adile (Serbien und Montenegro)
  - i) Petrovic Srbislav, mit Stefan (Serbien und Montenegro)
  - j) Bate Leminhos José Fernando und Estevens Cheira Bate Leminhos-Estevens Cheira Maria José, mit Sara und Edgar (Portugal)
  - k) San Aslan (Türkei)
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Diverses

### Eingang von persönlichen Vorstößen

Keine



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Traktandum 1

### **Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2006**

---

Das Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2006 wird einstimmig genehmigt und Sévérine Schwarz verdankt.

Traktandum 2

### **Planung „Erachfeld/Gringglén“; Zielsetzung und Planungskonzept – Rahmenkredit 750'000 Franken**

---

Namens der Fachkommission I referiert **Andrea Schmidhauser**: „Über kaum ein Geschäft wurde im Vorfeld so viel in den Medien berichtet wie über das vorliegende. Auch die Präsenz auf den Zuschauerrängen weist auf dessen Bedeutung hin.“

Die Stadt Bülach besitzt die rot umrandeten Landflächen (Beilage 1). Das noch fehlende Grundstück soll so rasch als möglich dazugekauft werden. Mit dem Amt für Raumordnung und Vermessung des Kt. Zürich (ARV) wurde für die „Zonierung 2007“ im Bereich Sportpark definiert, dass die Flächen der bestehenden Erholungszonen B + C sowie der Zone für öffentliche Bauten zusammengefasst und neu angeordnet werden können.

- Die neue Fläche muss möglichst einfach und viereckig sein (total 105'406 m<sup>2</sup>);
- Die Zone für öffentliche Bauten ist für die Erstellung einer Dreifachturnhalle notwendig;
- Würde diese Zone in eine Erholungszone B umgewandelt, wären nur Bauten mit der Abmessung von max. 7.50 x 30.00 x 15.00 m (HxLxB) zulässig. Damit liesse sich aber keine Turnhalle errichten, sondern nur Garderobenbauten;
- Die geplante Sportanlage soll sich als parkähnliche Struktur im Naherholungsgebiet Erachfeld mit verbindenden und verknüpfenden Elementen zwischen den Quartieren, der Hochleistungsstrasse und dem Wald entfalten. Erste Ideen hierfür bietet die Machbarkeitsstudie;
- Die genaue Umsetzung des Leistungskatalogs werden die verschiedenen Projektteams aufzeigen. Deshalb gehe ich nicht weiter auf die Möglichkeiten gemäss Machbarkeitsstudie ein;
- Die Zufahrt zur Sportanlage muss über die noch zu planende Ifangstrasse erfolgen. Diese Strassenplanung wird nächstes Jahr in Angriff genommen, im Zusammenhang mit der Lösung der Verkehrsproblematik „Bülach Süd“ und der allfälligen Neudefinition der Zone für publikumsintensive Bauten;



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

- Die Finanzierung des Projekts „Sportanlage Erachfeld“ soll einerseits durch den Verkauf des baureifen Areals „Gringglen“ sichergestellt werden, andererseits durch eidgenössische Subventionen wie Sport-Toto-Beiträge aber auch durch Steuergelder;
- Mit den Nachbargemeinden ist der Stadtrat bereits im Gespräch, so dass diese nebst ihrer Bedürfnisse einbringung sich auch am Projekt finanziell beteiligen;
- Grobkostenschätzung für die 1. Etappe: 16,2 – 18,6 Mio. Franken (ohne Landerwerb und Erschliessungsstrasse Ifang).

Die heute bekannten Bedarfsvorstellungen müssen aufgrund von Bedarfsdefinitionen und Dringlichkeit noch verifiziert werden und in die verschiedenen Etappen einfließen. Hierfür ist die Stadt Bülach zusammen mit den Nachbargemeinden Bachenbülach, Höri, Winkel, Hochfelden etc. zuständig.

### Heutiges Raum-Wunschprogramm

- Der Fussballclub hat einen Bedarf von 6 bis 8 **Fussballplätzen**, denn der FC ist in den vergangenen 40 Jahren von 6 auf 28 Mannschaften angewachsen. Damit alle Jugendlichen Fussball spielen können, sind mindestens 6 Plätze notwendig. Gemäss Zeitung hat der FC Bülach 74 Jugendliche auf der Warteliste. Gemäss Bund wären bei einem so grossen Verein 10 bis 12 Plätze angebracht;
- Wenn der Pachtvertrag des **Tennisclubs** Bülach im Jahr 2014 ausläuft, benötigt auch dieser Ersatz, sofern der Pachtvertrag im Stadtzentrum nicht verlängert wird. Die Gemeinde Bachenbülach hat schon signalisiert, dass man allenfalls die Tennisclubs von Bülach und Bachenbülach in naher Zukunft „in der Halden“ in Bachenbülach zusammenfassen könnte. Dies muss durch die Verantwortlichen genauer geprüft werden;
- Aufgrund der unzähligen Sportvereine entspricht auch eine **Dreifachturnhalle** in Bülach einem absoluten Bedürfnis;
- Die Gemeinde Bachenbülach, welche bereits Interesse an der gemeinsamen Sportanlage bekundet hat, hat zusätzlich einen Bedarf an **Hartplätzen** zur multifunktionalen Nutzung (Basketball, Volleyball, Street Sports, etc.) angemeldet;
- Ebenso ist eine **Trendsportanlage** wie z.B. ein Skaterpark zu prüfen.

Zur Finanzierung der Sportanlage Erachfeld werden die bestehenden Fussballplätze verkauft.

- 30'350 m<sup>2</sup> Bauland Wohnzone W 3.0 + WG 3.0;
- Ertrag 400 - 450 Fr./m<sup>2</sup> = 12,1-13,6 Mio. Franken;
- Baumassenziffer 3.3 m<sup>3</sup>/m<sup>2</sup> bei Arealüberbauung;
- 250 Wohnungen möglich;



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

- Die in der Machbarkeitsstudie und dem Masterplan beschriebenen Überbauungsansätze sind als Beispiele zu verstehen. Die definitiven Lösungen werden die 6 bis 8 Investorenteam aufzeigen.
- Der Investorenwettbewerb ermöglicht es der Stadt Bülach, auf dem Areal Gringglen städtebaulich hochwertige Projekte zu entwickeln, ohne diese selber zu finanzieren;
- Die Investoren garantieren der Stadt in einer 1. Phase einen Landpreis;
- Den Zuschlag erhält schliesslich dann aber jenes Projektteam, welches das beste Projekt in Bezug auf Städtebau und Architektur vorgelegt hat;
- Bei einem direkten Verkauf würde der Landpreis allenfalls höher ausfallen, doch man hätte keinen Einfluss auf die Projekte;
- Da der Baustart erst in ca. 7 Jahren erfolgen kann, wird vermutlich auch erst dann das Land bezahlt;
- Bis diese riesige Überbauung 2012 gestartet wird, resp. ca. 2014 vollendet ist, hat sich der Wohnungsmarkt entspannt und mag ein Projekt von diesem Umfang wieder schlucken;
- Gemäss Brief des ARV vom 11. Juli 2006 kann mit einer Ausnahmegewilligung des Kantons gerechnet werden. Eine solche ist wegen der Lärmsituation des Flughafens und der angrenzenden Autobahn erforderlich (Taxierung als Baulücke).

### Ungeklärte Fragen

1. Kauf der noch fehlenden Bauparzelle Kat. Nr. 1584. Dieses Land von 19'000 m<sup>2</sup> besitzt heute Jakob Zander. Die zuständigen Stadträte haben der Fachkommission I versichert, dass Verkaufsgespräche geführt wurden und ein Abschluss im kommenden Jahr erwartet wird.
2. Ablehnung des Baugesuches für Schrebergärten auf den Parzellen 5631 und 5632, welche die Oskar Meier AG im Auftrag der Grundeigentümer beantragte.
3. Abklärung für Zone „Öffentliche Bauten“ entlang der Ifangstrasse, oder ob die gewünschten Nutzungen auch in der „Erholungszone B“ angesiedelt werden dürfen.
4. Revision des kommunalen Richt- und Nutzungsplanes.
  1. Ohne Richtplanrevision kann die Erschliessung nicht über die Ifangstrasse erfolgen, da diese im heutigen Richtplan nicht eingetragen ist. Der Nutzungsplan muss aufgrund der gewünschten Zonenänderungen angepasst werden.
  2. Die Erholungszone C (heutiger Schrebergartenbereich) muss nach Süden an die Ifangstrasse verlegt werden (Zusammenlegung aller Erholungszone). Diese Zone würde als erstes in die Landwirtschaftszone zurückgezont werden, hätte aber bei einer späteren Zonenänderung wieder die Chance auf Umzonung in Bauland, was bei der Erholungszone nicht machbar ist.
  3. Umzonung des ganzen Gebietes in eine Erholungszone, um in weiteren Etappen die Sport-



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

anlage Erachfeld auszubauen (Änderung der regionalen und kantonalen Richtplanung = Szenario 2012plus)

5. Bau der Erschliessungsstrasse Ifangstrasse.

### **Kosten für Planungsphase**

siehe Beilage 2

### **Kosten Konkurrenzverfahren**

siehe Beilage 3

### **Baurealisierung**

siehe Beilage 4

Die Fachkommission I beantragt das Geschäft im Sinne des stadträtlichen Antrages einstimmig zur Annahme. Die Fachkommission I empfiehlt als Alternative zur Dreifachturnhalle, eine Mehrzweckhalle zu prüfen, welche zusätzlich zum Sport die Bedürfnisse der Stadthalle abdecken könnte.

### **Eintretensdebatte**

**Stefan Schnegg** erklärt, die EVP sage mehrheitlich „Ja, aber“. Man finde den städtebaulichen Entwurf einer grünen Zone in Bülach Süd eine gute Vision. Es sei ein Projekt, das auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgelegt sei, das entspreche der EVP. Das „Aber“ sei ein politisches Anliegen:

1. Bei den nächsten Planungsschritten müsse der Bedarf aller Sportvereine *und* kulturellen Vereine ins Projekt einfließen;
2. Der Anforderungskatalog an den Sportpark sei mit der Fachkommission zu verifizieren;
3. Der Ersatz der Stadthalle durch eine Mehrfachturnhalle sei zu prüfen;
4. Man wolle eine gute Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden. Ein Zweckverband solle den Betrieb sicherstellen.

Gemäss **Fritz Münger** findet die SP-Fraktion den eingeschlagenen Weg pragmatisch und richtig. Man sei für Eintreten und werde dem Kredit zustimmen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

**Milos Alincic** stellt namens der Mehrheit der SVP-Fraktion Rückweisung, mit der Begründung, dass noch zu viele Fragen offen und das Geschäft nicht beschlussreif sei.

- Es sei unklar, ob das benötigte Land erworben werden könne;
- Es sei fraglich, ob die Umzonung zustande komme, wie man sie beabsichtige,
- Der grösste Mangel aber sei, dass die umliegenden Gemeinden in das Projekt von überregionaler Bedeutung nicht eingebunden seien.

Man sehe den Zweckverband bereits für die Projektphase. Dort könnten die Bedürfnisse der Gemeinden aufgenommen und die Kostenfolge für die Zukunft geregelt werde. Man sei nicht grundsätzlich gegen Sportanlagen, doch diese Fragen müssten zuerst geklärt sein.

**Jürg Rothenberger** spricht sich namens der FDP-Fraktion für Eintreten aus. Das Geschäft sei gut vorbereitet. Es weise keine Mängel auf, die eine Rückweisung rechtfertigen könnten. Das Projekt habe regional eine wichtige Ausstrahlung. Im Interesse der Jugend dürfe es nicht weiter verzögert werden. Es gehe beim Kredit nicht um die Detailplanung, sondern ums Grobe wie Raum-, Richt- und Nutzungsplanung. Man werde in der Detailberatung zum Vorgehen einen Zusatzantrag stellen.

**Matthias Schwank** nimmt vorweg, dass die Grüne-Fraktion die Sportvereine und deren Jugendförderung sehr schätze. Der Bedarf nach neuen Fussballplätzen sei nachgewiesen. Diese müsse man bereitstellen, entweder im Erachfeld, im Schaubächer, im Ifang oder an einem anderen Ort. Andererseits sei die Überbauung Gringglen mit Wohnungen problematisch und kein Zeichen für ein grünes Bülach. Die Wohnlage sei aufgrund der Autobahn, des Fluglärms und der Feinstaubbelastung ausgesprochen schlecht. Auch sei das Finanzierungsmodell nicht über alle Zweifel erhaben. Die Stadt könne nicht nur immer Land verkaufen, sondern müsse sich auch überlegen, wo sie neue Reserven schaffen könne. Die Gesamtrechnung sehe weit weniger gut aus als auf den ersten Blick vermutet. Man sei für Eintreten, unterstütze aber den Rückweisungsantrag, die Begründung erfolge in der Detailberatung.

**Jakob Briner** beantragt namens einer EVP-Minderheit ebenfalls Rückweisung mit dem Vorschlag, den Teil Gringglen auf Eis zu legen und vom Projektierungskredit Erachfeld abzukoppeln. Das Projekt Erachfeld weise zwar verschiedene Unklarheiten auf, mit der Planung könne man dort aber trotzdem weiterfahren, um die Entscheidungsgrundlagen zu erhalten. Lehne der Stimmbürger das Projekt ab, habe man auch die 250'000 Franken für die Gringglen vergebens ausgegeben. Der Stimmbürger sei mündig und werde auch zu einem grossen Kredit ja sagen, wenn man ihm erkläre, dass die Gringglen hinterher das Geld wieder hereinspülen werde.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** betont, es gehe heute Abend um den Entscheid, ob der Stadtrat in der vorgezeigten Richtung weitermachen könne und ob der Gemeinderat das dafür erforderliche Geld für die Planung spreche.

Die erste Planungsaufgabe laute, die Flächen der bestehenden beiden Erholungszonen und der Zone für öffentliche Bauten zu einer Erholungszone zusammenzufassen und neu anzuordnen. Die Fläche müsse an die Ifangstrasse angrenzen und eine möglichst einfache, viereckige Form aufweisen. Die Ifangstrasse werde eine ganz zentrale Infrastrukturfunktion erhalten, um die Problematik in Bülach Süd zu lösen. Ziel sei es, die Planungszone innert der vom Regierungsrat gesetzten Frist aufzuheben und das Gebiet bis 2008 wieder in einen rechtmässigen Zustand zu bringen. Jenes Projekt sei mit dem heutigen verknüpft. Das höchste der Gefühle sei im Moment eine Umzonung der 1. Etappe. Gelingen der Landkauf, werde dies der Perimeter für diese 1. Etappe mit einem Zeithorizont von 20 Jahren sein. Komme der Landkauf nicht zustande, müsse der Perimeter angepasst werden. Aufgrund der seit kurzen vorliegenden 19 Varianten für das Betriebsreglement des Flughafens müsse man sich für den späteren Zeithorizont heute noch keine Gedanken machen. Es gebe keine Variante, bei welcher der Lärmgrenzwert gegenüber heute kleiner würde. Das weitere Gebiet befände sich im Bauenwicklungsgebiet. Dort sei es in 10 bis 15 Jahren Aufgabe des Kantonsparlaments, auf Antrag von Bülach die weitere Siedlungsentwicklung festzulegen. Die Überbauung Gringglen gelte gemäss ARV als Baulücke, weshalb man dort die Umzonung vornehmen könne, mit allen offenen Fragen, die noch zu klären seien. Man beschliesse heute erst den Planungskredit. Es sei Aufgabe einer verantwortungsvollen Behörde, rechtzeitig die Kompetenzen und die Zielsetzungen beim Souverän legitimieren zu lassen. Für die Begründung der beiden Rückweisungsanträge habe er Verständnis. Der Stadtrat sei jedoch nicht so naiv und plane, ohne die offenen Fragen zu klären. Die Kreisgemeinden habe man gar noch nicht einbinden können. Man könne keinen Zweckverband gründen, wenn man gar noch nicht wisse, wie und wann, was gebaut werde. Die erste Frage der Kreisgemeinden laute, ob überhaupt eine Legitimation zur Planung bestehe. Diese Legitimation müsse der Rat heute Abend sprechen. Dann werde man mit den Kreisgemeinden Kontakt aufnehmen. Er bittet, die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Zum Antrag Jakob Briner: Es sei entscheidend zu wissen, was man durch einen städtebaulichen Wettbewerb in der Gringglen für das Land lösen könne, deshalb könne man auf den Teil „Gringglen“ nicht verzichten. Irgendwann werde das Volk den Kredit für das Erachfeld sprechen müssen. Dann müsse man Antworten haben auf die Frage, was aus der Gringglen gelöst werden könne. Deshalb müsse das Geschäft verzahnt laufen.

**Matthias Schwank** protestiert gegen das Vorgehen und weist darauf hin, dass erst nach der Detailberatung über die Rückweisung abzustimmen sei.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

In der **Abstimmung** wird der Rückweisungsantrag der SVP mit 9 Ja : 17 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Über den Antrag von Jakob Briner lässt **die Vorsitzende** nach Rücksprache mit dem Vizepräsidium erst in der Detailberatung abstimmen.

### Detailberatung

**Münger Fritz** plädiert, das Ganze pragmatisch und sachlich anzugehen. Es gehe darum, mit dem Planungskredit die Grundlagen zu schaffen. Gestützt darauf könnten der Gemeinderat und das Stimmvolk einen Entscheid fällen. Der Bedürfnisnachweis nach Fussballplätzen sei klar erbracht. Alternative Standorte gebe es nicht. Die geplante Gebietsentwicklung sei sinnvoll, ebenso die Finanzierung über den Landverkauf Gringglen. Die SP-Fraktion stimme dem Geschäft zu.

**Jürg Rothenberger** erklärt, für die FDP-Fraktion sei es ein absolut wichtiges Projekt von regionaler Bedeutung. Man stehe für den Planungskredit ein und er bittet, diesen anzunehmen. Der Weg sei das Ziel, denn der Rahmenkredit beinhalte verschiedene Planungsschritte, die nicht beliebig erfolgen sollten. Deshalb stellt er namens der Fraktion folgenden Zusatzantrag:

*„Im Masterplan Erachfeld/Gringglen vom 22. 11.06 werden bezüglich des weiteren Vorgehens noch ungeklärte Fragen aufgeführt. Bevor weitere konkrete Planungsschritte bezüglich des Investorenwettbewerbs Gringglen und des Projektwettbewerbs Erachfeld ergriffen werden können, müssen diese Fragen geklärt sein, damit keine Hindernisse eine Realisierung verunmöglichen. Dem Gemeinderat ist darüber Bericht zu erstatten.“*

Es sei wichtig, die Gringglen und das Erachfeld gemeinsam zu behandeln. Mit dem Verkauf der Gringglen wolle man das Erachfeld finanzieren. Mit dem Zusatzantrag würden unnötige Ausgaben vermieden.

**Milos Alincic** teilt mit, er werde den Zusatzantrag der FDP unterstützen.

**Mike Bader** teilt mit, dass die Grüne-Fraktion den Kredit mehrheitlich nicht unterstützen werde. Von der Idee her sei der Rückweisungsantrag nichts anderes, als das, was die FDP mit dem Zusatzantrag verlange, nämlich, dass der Gemeinderat nochmals Stellung nehmen könne. Bis anhin habe der Gemeinderat nicht oft Kredite ins Blaue gesprochen. Deshalb halte die Grüne-Fraktion ein etappiertes Vorgehen auch hier für richtig.

Gemäss Masterplan wolle die Stadt in der Gringglen ein städtebaulich hochwertiges Projekt realisieren. Dies sei mit grossen Investitionen verbunden und einen guten Preis wolle die Stadt für das



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Land auch erzielen. So entstünden teure, lärmige Wohnungen mit viel Feinstaub. Er möchte wissen, welcher finanzkräftige Mieter dort einziehen wolle.

**Andrea Schmidhauser** begründet den Zusatzantrag, dass der Stadtrat in den Projektierungswettbewerb die Interessen jener Nachbargemeinden miteinfließen lassen solle, die bereit seien, an den Sportpark mitzuzahlen. Ferner sei ihr wichtig, dass für die Betriebsführung und den Unterhalt die Betreiber aufkommen und keine Steuergelder eingesetzt würden.

**Alfred Schmid** hält fest, dass die RPK dem Geschäft unter den bekannten Voraussetzungen zugestimmt habe. Werde das Geschäft getrennt, sei die Finanzierung nicht sichergestellt. Das wäre eine neue Ausgangslage und müsste neu diskutiert werden.

**Andrea Spycher-Maag** möchte wissen, bis wann die Frage des Landerwerbs und der Umzonung geklärt ist und was passiere, wenn Jakob Zander nicht verkaufe.

**Mike Bader** beantragt, das Geschäft der Volksabstimmung zu unterstellen. Es sei sinnvoll, den Volkswillen bereits heute abzuholen. So bleibe auch Zeit, die offenen Fragen zu klären.

**Andrea Schmidhauser** warnt vor diesem Antrag. Der Stadtrat sei so bis zur Volksabstimmung nicht mehr legitimiert, etwas zu tun.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** wiederholt das Versprechen, die ungelösten Fragen zu klären. Er wolle eine koordinierte, schrittweise Planung der beiden Projekte. Man verstehe den Kredit nicht als Betrag, der verplant werden *müsse*. Dem Zusatzantrag der FDP könne er vorbehaltlos zustimmen. Wenn das Land von Jakob Zander nicht erworben werden könne, müsse man andere Möglichkeiten prüfen, z.B. eine Landumlegung oder den Kauf eines anderen Grundstücks. Entsprechend werde sich der Perimeter ändern. Vorgabe sei einfach, dass er in sich geschlossen sei. Im Rahmen der Planung werde der Landerwerb geklärt. Heikel fände er, den Beschluss der Volksabstimmung zu unterstellen. Er bittet den Gemeinderat, seine Verantwortung wahrzunehmen, es gehe jetzt erst um den Planungskredit. Das Parlament werde noch zu jeder Umzonung Stellung nehmen können, ebenso zum Landverkauf und zur Kreditvorlage, die dann obligatorisch der Volksabstimmung unterliege. Das Volk müsse zu konkreten Fragen ja oder nein sagen können. Es liege in der Natur der Sache, dass eine Planung das Risiko berge, dass das Volk das Projekt unter Umständen ablehne. Wenn der Beschluss der Volksabstimmung unterstellt werde, könne er auf viele Fragen keine Antwort geben, deshalb bittet er, den Antrag abzulehnen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

**Milos Alincic** erkundigt sich nach dem Zeitrahmen für die Landproblematik. Ferner möchte er wissen, ob schon vertragliche Abmachungen zwischen der Stadt und Privaten bestehen.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** entgegnet, es brauche für einen Vertrag immer einen willigen Verkäufer und einen willigen Käufer. Davon sei der Zeitfaktor abhängig. Mit einem klaren Ja des Gemeinderates sei er für die Verhandlungen guten Mutes. Er werde jedoch nicht Jahre verhandeln, sondern gegebenenfalls den Perimeter ändern oder ein anderes Grundstück kaufen.

Auch **Walter Fehr** ist gegen eine Volksabstimmung. Volksvertreter sei der Gemeinderat.

**Andrea Schmidhauser** beantragt, die Schlussabstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

### Abstimmungen:

1. Der Antrag von Jakob Briner, das jetzige Projekt zurückzuweisen und sobald wie möglich einen Planungskredit für den Erholungspark „Erachfeld“ (ohne Gringglen) vorzulegen, wird mit 4 : 22 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.
2. Der Zusatzantrag der FDP-Fraktion „Im Masterplan Erachfeld/Gringglen vom 22. 11.06 werden bezüglich des weiteren Vorgehens noch ungeklärte Fragen aufgeführt. Bevor weitere konkrete Planungsschritte bezüglich des Investorenwettbewerbs Gringglen und des Projektwettbewerbs Erachfeld ergriffen werden können, müssen diese Fragen geklärt sein, damit keine Hindernisse eine Realisierung verunmöglichen. Dem Gemeinderat ist darüber Bericht zu erstatten.“ wird mit 18 : 4 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, angenommen.
3. Der Antrag auf Namensaufruf erreicht mit 10 Stimmen das Quorum von 9 und gilt als angenommen.
4. Der Zusatzantrag der Grünen Fraktion, den Beschluss dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, wird mit 7 : 18 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, verworfen.
5. In der Schlussabstimmung stimmt der Gemeinderat unter Namensaufruf (Beilage 5) dem bereinigten stadträtlichen Antrag mit 22 : 1 Stimmen, bei 3 Enthaltungen zu.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die Zielsetzung der Planungen zum Projekt 'Erachfeld/Gringglen' auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie 'Erachfeld/Gringglen' und das stadträtliche Planungskonzept werden gutgeheissen.
2. Für die Umsetzung der Planung Erachfeld/Gringglen wird ein Rahmenkredit von Fr. 750'000.00 bewilligt. Der Stadtrat wird ermächtigt, ab Rechnungsjahr 2007 die jährlich benötigten Kredittranchen freizugeben.
3. Im Masterplan Erachfeld/Gringglen vom 22. 11.06 werden bezüglich des weiteren Vorgehens noch ungeklärte Fragen aufgeführt. Bevor weitere konkrete Planungsschritte bezüglich des Investorenwettbewerbs Gringglen und des Projektwettbewerbs Erachfeld ergriffen werden können, müssen diese Fragen geklärt sein, damit keine Hindernisse eine Realisierung verunmöglichen. Dem Gemeinderat ist darüber Bericht zu erstatten.
4. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung der fakultativen Abstimmung.
5. Mitteilung an:  
- Stadtrat

Traktandum 3

### **Interpellation Daniela Gehring unter Mitunterzeichner/Innen betr. Vertragsauflösung mit der Firma Breitenstein Transport – Antwort des Stadtrates**

---

Der Stadtrat hat die Interpellation von Daniela Gehring vom 12. Mai 2006 betreffend Vertragsauflösung mit der Firma Breitenstein Transport fristgerecht beantwortet. Es wird auf den dem Originalprotokoll beiliegenden und allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellten Stadtratsbeschluss Nr. 255 vom 20. September 2006 verwiesen.

**Die Interpellantin** nimmt wie folgt Stellung: „Bis zur Frage 4 habe ich keine Beanstandungen zu den Antworten des Stadtrates. Aber ab Frage 5 bin ich überhaupt nicht mehr zufrieden mit den Antworten. Ich und meine Mitunterzeichner haben Transparenz, Fakten und Zahlen gefordert. In der Antwort erhalten wir eine schwammige und unübersichtliche Argumentation. Weder in der



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Antwort, noch in den Medien, noch bei den Klägern werden die Erträge in Zahlen des Gewerbekehrichts erwähnt. Man spricht immer nur über die „Erträge“, welche die Firma Breitenstein mit diesem Kehrrecht gemacht haben soll. Was mich ganz besonders stört, ist die Tatsache, dass man den neuen Vertrag mit einer Firma zu Dumpingpreisen abgeschlossen hat. Wie komme ich zu dieser Aussage?

Die Stadt hat bis Ende 2005 ca. 750'000 Franken für das Einsammeln des Kehrrechts ausgegeben (Abfall, Karton, Metall, Gewerbekehrrecht, etc.). Mit den neuen Zahlen werden jetzt pro Jahr rund 400'000 Franken gespart (Antwort auf Frage 7); bleibt eine Differenz von rund 350'000 Franken. Noch in der Zeit der Firma Breitenstein AG wurde eine exakte Zeitmessung mit Stoppuhr für das Einsammeln des Kehrrechts erstellt. Das Resultat: Auf das Jahr wurde eine Stundenzahl von über 3'000 ausgerechnet. Diese Übung ist schon einige Jahre her, Bülach seither bekanntlich gewachsen. Die Ergebnisse der Erhebung befinden sich bei den Akten der Stadt und dürften der zuständigen Ressortleiterin bekannt sein.

Folgende Rechnung drängt sich somit auf: 350'000 Franken geteilt durch heute sicher 3'200 Stunden ergibt einen Bruttoertrag von 110 Franken für eine Stunde. Aus diesem Ertrag müssen ein Chauffeur, ein Fahrzeug mit allen Unterhaltskosten plus zwei Belader bezahlt werden können. Was würde passieren, wenn die Firma Müller in den nächsten Monaten oder Jahren plötzlich Konkurs gehen würde? Dann müsste die Stadt umgehend eine neue Firma für diese Arbeiten suchen. Wäre die dann auch so kostengünstig wie heute? Hat man sich diese eventuellen Konsequenzen bei der Stadt auch überlegt? Niemand kann mir glaubhaft machen, dass diese Rechnung über lange Zeit für ein Unternehmen aufgeht, zumal ich im Besitz einer Preisliste des Jahres 2006 der Firma Frei bin, welche als sehr günstig beschrieben wird. Diese hat Preise von 262.50 pro Stunde. Noch ein weiteres Beispiel: Wenn ich bei der Stadt eine Kiesbestellung ordere, muss ich dafür für einen Chauffeur und den Lieferwagen 180 Franken pro Stunde bezahlen.

In der Antwort werden nicht alle Fakten genannt. Sollte die Stadt den Prozess verlieren – die Klage wurde in der Woche 45 eingereicht – würde sie +/- 1 Million Franken plus 5 % Zinsen an die Firma Breitenstein bezahlen müssen. Vom Imageschaden für die Stadt hat bis heute noch niemand gesprochen. Verliert die Stadt den Prozess, steht sie als das Unterländer Gemeinwesen am Pranger, welches Verträge bricht, ein ganz erheblicher Standortnachteil für eine Stadt, die neue Unternehmen anziehen will und jeden neuen Steuerfranken dringend braucht. So oder so ist das Ganze nicht fertig gedacht: So hat die Firma Breitenstein den Betriebsgewinn immer in Bülach versteuert. Auch diese Steuerfranken sind weg! Davon steht kein Wort in der Interpellationsantwort. Werden alle relevanten Umstände berücksichtigt, wird die Neuvergabe an die Firma Müller nach erfolgtem Vertragsbruch für die Stadt Bülach unter dem Strich kaum zu einer Nettoeinsparung führen. Der Steuerzahler wird an dieser Situation auch keine Freude haben. Während die laufenden und damit effektiven „Güsel-Kosten“ den Verursachern überwältzt werden können, müsste der Schadenersatz von gut einer Million Franken bei Gutheissung der Klage wohl definitiv aus der



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Stadtkasse berappt werden. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein nachträgliches Überwälzen auf die Sackgebühr rechtlich möglich ist. Zum Schluss noch eine Frage: Wer wiegt den Gewerbekehr-richt? Ich nehme einmal an, dass dies die Firma Müller AG selber macht, da die Fahrzeuge mit einer Waage ausgerüstet sind. Wie gewährleistet das zuständige Ressort die Kontrolle der genau- en Mengen? Für den Gemeinderat und die Bevölkerung sind vertrauensbildende Informationen wichtig. Darum fordere ich den Stadtrat auf, folgende Massnahmen zu treffen:

1. Marktumfeld: Der Stadtrat wird eingeladen zu informieren, wie sich die Preise (Mittel der IGKSG) seit Oktober 2005 entwickelt haben. Dazu gehören auch aktuelle Informationen aus der kant. Fachstelle (AWEL) über die Entwicklung der Marktpreise per Ende 2006.

2. Entwicklung: Eine transparente Darstellung der Kehrichtentwicklung (Menge/Fr.) würde die Diskussion versachlichen.

- Entsorgung Privathaushalte: Menge / Kosten für 2005 im Vergleich mit dem Jahr 2007
- Entsorgung Gewerbekehricht: Menge / Kosten für 2005 im Vergleich mit dem Jahr 2007
- Tabelle der Gebühren, detailliert für 2005, 2006 und 2007 (Container, Grund- bzw. Sackge- bühren und Gewerbekehricht nach Verursacherprinzip, d.h. nach Gewicht)

Punkt 2 kann dadurch erst Ende 2007 erfüllt werden."

Es wird kein Antrag auf Diskussion gestellt.

Traktandum 4

### **Schulhaus Hohfuri / Spielwiese Schulhaus Schwerzgrueb / Abwartehaus - Überführung vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen**

---

RPK-Referent **Heinz Kousz** hält fest, dass die RPK das Geschäft geprüft hat und der Umbuchung zustimme. Das Gemeindeamt schreibe vor, dass Vermögenswerte die in der Zone für öffentliche Bauten ins Verwaltungsvermögen zu überführen seien, da sie nicht veräussert werden könnten. Das Gemeindeamt lasse nur den Zeitpunkt offen. Der Zeitpunkt sei nie richtig, denn Verwaltungsvermögen bringe Abschreibungen mit sich. Für einen ausgeglichenen Haushalt bedeute dies mehr Einnahmen oder andernorts weniger Ausgaben.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Eintretensdebatte

**Willy Wüthrich** hat dem Vorredner nichts beizufügen. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Auch **Milos Alincic** (SVP), **Edith Planta** (EVP) und **Walter Fehr** (SP) sprechen sich namens ihrer Fraktionen für Eintreten und Zustimmung aus.

### Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Der Überführung des Grundstücks Kat. Nr. 5211 vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen wird zugestimmt und zu Lasten der Investitionsrechnung (217.5000.1 VW) ein Kredit von Fr. 2'571'800.00 bewilligt.
2. Der Überführung eines Teils des Grundstücks Kat. Nr. 5636 vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen wird zugestimmt und zu Lasten der Investitionsrechnung (217.5030.26 VW) ein Kredit von Fr. 1'117'000 bewilligt.
3. Der Beschluss des Gemeinderates unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
4. Mitteilung an:
  - Stadtrat
  - Abteilung Finanzen
  - Abteilung Bildung
  - Abteilung Bau und Umwelt

Pause von 19.45 - 20.15 Uhr



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Traktandum 5

### **Voranschlag 2007**

---

Ablauf:

1. Erläuterungen zum Voranschlag 2007 durch den RPK-Präsidenten Alfred Schmid
2. Bemerkungen zum Voranschlag 2007 durch Finanzvorstand Stadtrat Walter Baur
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung
  - Produktgruppenbudget kapitelweise
  - Investitionsrechnung kapitelweise
  - Steuerfuss
5. Schlussabstimmung Voranschlag 2007

RPK-Präsident **Alfed Schmid** dankt einleitend dem Kader der Verwaltung und dem Stadtrat für die Unterstützung im Rahmen des Voranschlags. Fragen seien kompetent beantwortet werden. Die Zusammenarbeit sei toll gewesen.

Kommentar aus Sicht der RPK:

Nach wie vor angespannte finanzielle Situation. Anzeichen sind:

- Defizit: 0.9 Mio.
- Investitionen: 11.4 Mio. (Eigenfinanzierung 57 %)
- Aufwandwachstum: 5,08 Mio. (5,8 %)
- Nettoaufwand pro Einwohner: + 7.1 %

#### Finanzplan 2006 - 2010

Investitionen	→ nach wie vor Nachholbedarf
Steuereinnahmen	→ moderater Anstieg
Aufwandwachstum	
Gebührenhaushalt	→ markante Erhöhung Wasser und Abwasser
Steuerfuss	→ Stadtrat plant mit gleich bleibendem Steuerfuss

Resultat: Dank des beträchtlichen Steuerkraftausgleichs von 6.2 Mio. (+ 3.8 Mio.) ist der Finanzhaushalt einigermassen im Lot.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Schlussfolgerungen

- Die Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Bülach hat nach wie vor hohe Priorität.
- Eine straffe Kostenbewirtschaftung ist nach wie vor unerlässlich.
- Investitionen für Erneuerungen von betriebsnotwendigen Einrichtungen haben Priorität. Andere sind zu hinterfragen.
- Nicht betriebsnotwendige Anlagen sind zu veräussern oder rentabel zu betreiben.
- Investitionen und Vorhaben von regionaler Bedeutung sind mit den umliegenden Gemeinden abzusprechen.
- Die Erhöhung des Steueraufkommens von Bülach hat höchste Priorität (aktives Stadt- und Standortmarketing, Gespräche mit bestehenden und potentiellen Arbeitgebern).

### Grundsatz (seit 2002)

Steuerfuss: Mittelfristige Angleichung an das kantonale Mittel

Die RPK beantrage, dem Voranschlag 2007 mit gleich bleibendem Steuerfuss zuzustimmen. Zu den Vorsorgebeiträgen des Stadtrates werde sie einen Änderungsantrag stellen.

**Stadtrat Walter Baur** hat für den Voranschlag 2007 ein gutes Gefühl. Es sei gut gearbeitet worden in der RPK, in den Fachkommissionen, auf der Verwaltung und im Stadtrat. Er rechne trotz des budgetierten Aufwandüberschusses von 0,9 Mio. Franken mit einem Plus. Man müsse sich bewusst sein, dass im ersten Jahr der Einfluss der Exekutive auf das Budget weniger gross sei als in den folgenden Jahren. Zudem habe die Verwaltung die Kosten im Griff und mit WoV könne man die Kosten den Leistungen zuordnen. Es dürfe die Frage gestellt werden, ob alle Leistungen nötig seien. Der Steuerfuss bleibe unverändert, aber man verfolge das Ziel, diesen an das kantonale Mittel anzugleichen. Ein Diskussionspunkt seien immer wieder die gebundenen Ausgaben. Die 586'000 Franken für den Goldenen Kopf seien werterhaltende Massnahmen und deshalb gebunden.

### **Fraktionserklärungen**

**Stephan Blättler** führt namens der SVP-Fraktion folgendes aus: „Der Voranschlag 2007 wird uns unter der Überschrift "Bülach soll sparen und trotzdem investieren" präsentiert. Hinter dieser Überschrift können wir stehen. Sie schildert ein Problem, und streut nicht, wie auch schon, Sand in die Augen. Doch die Investitionen sind nicht der einzige Problembereich. Geradezu erschüttert sind wir über die laufende Rechnung. Dass die Rechnung um fast eine Million nicht ausgeglichen ist, ist schon für sich kein Grund zum Jubeln. Das Schlimme aber ist, dass dieses negative Ergebnis trotz absoluten Rekordeinnahmen aus dem Steuerkraftausgleich von sage und schreibe netto 6,2 Millionen zustande kommt! Bisher hat zwischen dem, was Bülach ausgibt und dem, was es selbst



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

an Einnahmen generiert, eine Lücke von etwa 3,5 Millionen geklafft. Nun sind es 7 Millionen. Wo soll das hinführen? Auch die "Spendergemeinden" haben wahrscheinlich höhere Ausgaben in ähnlichem Ausmass aufzufangen. Wenig tröstlich ist, dass die Hauptbrocken dieser Zunahme aus den Kapiteln "Soziales und Gesundheit" und "Bildung" kommen, also Bereichen, in denen der kostenintensive Teil der Wirkungsziele grösstenteils durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben ist. Den bei Gelegenheit immer wieder bekundeten Sparwillen, kann man, ausser bei der Plafonierung der Investitionen, auch nur in wenigen Kapiteln feststellen. Auch in Produktegruppenbudgets, in denen Handlungsfreiheit der Gemeinde besteht, werden Erhöhungen vorgeschlagen. Abgerundet wird das schlechte Bild durch die Investitionsrechnung. Obwohl im Steuerhaushalt mit 6 Mio. nicht einmal die Hälfte der Investitionen gemäss Finanzplan effektiv gemacht werden soll, reichen die selbst erarbeiteten Mittel bei weitem nicht aus, was sich in einem Selbstfinanzierungsgrad von unter 70%, also einer grossen Neuverschuldung niederschlägt. Konkrete Anträge werden wir bei einzelnen Kapiteln stellen."

**Andrea Schmidhauser** hält für die FDP-Fraktion fest: „Die FDP-Fraktion hätte sich sehr wohl ein ausgeglichenes Budget gewünscht. Denn um für die Zukunft gewappnet zu sein und im kantonalen Steuerwettbewerb mithalten zu können, müssen wir mittel- bis langfristig unseren Steuerfuss senken können. Wir wollen jetzt aber nicht einfach irgendwelche unkontrollierten Kürzungsanträge formulieren, sondern erwarten, dass der Stadtrat diesen Wunsch bei der Arbeit berücksichtigt und seine zukünftigen Einkünfte und Auslagen in diese Richtung entwickelt. Schön wäre ja, wenn endlich das Standortmarketing greifen würde und wir so Mehrerträge hätten ohne Gebührenerhebung. Auf der andern Seite erwarten wir eine rigorose Ausgabenpolitik, die das Wünschbare vom Notwendigen trennt. Beängstigend erscheint uns die Tatsache, dass mittlerweile in Bülach mehr IV-Bezüger wie AHV-Bezüger wohnen. Aus diesem Grund sind wir auch sehr zufrieden, dass ein Sozialinspektor die Sozialabteilung unterstützt, um allfälligen Betrügern von Fürsorgegeldern auf die Schliche zu kommen. Wenn diese Überprüfung auch auf die Zusatzleistungen übertragen würde, so wäre dies sehr gut, denn auch dort könnte betrogen werden. Wir sind überzeugt, dass diese Investition durch die Minderaufwendungen mehr als wettgemacht wird. Denn nur so können wir eine sinnvolle Institution wie die Fürsorge für jene beibehalten, die in eine effektive finanzielle Notlage geraten und somit Anrecht auf Unterstützung haben. Trotz Nichterreichung eines ausgeglichenen Budgets wird die FDP-Fraktion dem Voranschlag 2007 mit einem Defizit von ca. 1 Mio. Franken zustimmen. Ebenso unterstützen wir die Erhöhung des Personalaufwandes für den Teuerungsausgleich, resp. individuelle Lohnerhöhungen beim Personal. Von diesem haben wir in den vergangenen Jahren viele Opfer abverlangt, weshalb wir dies nicht noch einmal wollen. Wir hoffen dafür, dass gerade auch die städtischen Angestellten in ihrer täglichen Arbeit mit unseren Steuergeldern haushälterisch umzugehen versuchen.“



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Auch der Investitionsrechnung wird die FDP-Fraktion zustimmen, sofern unserem Antrag, welchen wir in besagtem Kapitel stellen werden, zugestimmt wird. Selbstverständlich wird die FDP-Fraktion auch der Beibehaltung des Steuerfusses zustimmen. Dies obwohl bei uns vereinzelte Parteimitglieder der Meinung sind, dass bei gleich bleibendem Steuerfuss zu wenig Spardruck auf der Exekutive und der Verwaltung lastet. Wir von der Fraktion appellieren an den gesunden Menschenverstand und an das Gewissen der Verantwortlichen."

**Esther Caviola** führt aus: „Das Budget 2007 weist einen Aufwandüberschuss von 0.9 Mio. Franken aus. Für die Zukunft sieht Finanzvorsteher Walter Baur in seinem Bericht zum Voranschlag düster. Er will Investitionsvorhaben zurückzustellen, er will durch Knochenarbeit die Verwaltung schlank halten und vermehrt den "Rotstift" ansetzen. Andererseits kündigt er in der Presse bereits per 2008 eine Senkung des Steuerfusses an. Wie will er uns diese Steuerfussenkung schmackhaft machen? Weitere Knochenarbeit? Müssen wir in der Verwaltung Personal abbauen, um die Verwaltung noch "schlanker" zu machen? Sollen wir die Hirslen dem Verfall preisgeben, in der Badi das rissige Becken schliessen oder die Informatik an den Schulen wieder rückgängig machen? In der Gemeinde Zollikon, in welcher ebenfalls die bürgerliche Mehrheit mit einem niedrigen Steuerfuss lockte, ist dieser Streich böse ausgegangen. Jegliche werterhaltenden Massnahmen für die Infrastruktur wurden gestrichen oder massiv gekürzt. Heute ist Zollikon ein einziger Sanierungsfall und die Gemeinde musste auf einen Schlag den Steuerfuss um 7% erhöhen. Gleiches droht Bülach, wenn wir den Aussagen von Finanzvorsteher Walter Baur glauben wollen. Die SP-Fraktion erachtet es als wichtig, auch mit einer nicht allzu rosigen Finanzlage werterhaltende Investitionen zu tätigen – für die Zukunft von Bülach. Wir werden grundsätzlich den Anträgen der Fachkommissionen folgen und beantragen das Budget zu genehmigen und den Steuerfuss bei 102% zu belassen."

**Edith Planta** führt zum Voranschlag aus: „Die EVP-Fraktion befürwortet die Genehmigung des Budgets mit einem Defizit von 932'000 Franken, mit der Beibehaltung des Steuerfusses. Wir anerkennen die Bemühungen der Stadtverwaltung und Exekutive, das Budget wo immer möglich knapp zu halten. Es ist uns wichtig, dass in anschliessender Beratung nicht kleine Beträge gestrichen werden, die insgesamt wenig Einsparungen bringen, aber auf einzelne Dienstleistungen an die Bevölkerung einschneidende Auswirkungen haben. Viel wichtiger ist es uns, grosse Ausgabenposten wie z.B. die Informatik genauer unter die Lupe zu nehmen. Wichtig ist uns auch, dass im Rahmen von WoV mehr Transparenz bei den Vorkostenstellen besteht. Viele Vorkostenstellen sind betragslich wesentlich höher, als es das Produktegruppenbudget ist. Die Prüfung der Vorkostenstellen ist aber wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen. Entgegen der Ansicht des Finanzvorstehers sehen wir nicht, dass der Steuerfuss bereits in den nächsten Jahren gesenkt werden kann. Zudem steht dies in Widerspruch zur vom Stadtrat im Finanzplan beschlossenen Variante 1 mit gleich bleibendem Steuerfuss, welche Grundlage für die Planungsperiode 2006-2010 ist. Die weiter



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

wachsende Bevölkerung wird zwar mehr Steuereinnahmen bringen. Sie bringt aber auch mehr Aufwand für die Stadtverwaltung. Wir sind mit weiter steigenden Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich auch in den nächsten Jahren konfrontiert. Wir hörten vom RPK-Präsidenten, dass der Nettoaufwand pro Person um 7,1 % steigt. Durch WoV kann der Gemeinderat über die Wirkungsziele direkten Einfluss auf die Leistungen der Stadt Einfluss ausüben. Wenn es jetzt aber zu Anpassungen der Leistungsziele durch die Exekutive kommt, die auf einen für die Bevölkerung spürbaren Leistungsabbau hinauslaufen, können wir uns mit einer Steuerfussenkung zusätzlich nicht einverstanden erklären."

**Mike Bader** erklärt namens der Grünen-Fraktion: „Die Massnahmen der letzten Jahre scheinen langsam Früchte zu tragen. Nicht nur, dass zum wiederholten Mal nach einem negativen Voranschlag ein wahrscheinlich positiver Rechnungsabschluss zur Kenntnis genommen werden darf, auch die Diskussionen in den Fachkommissionen wurden durch die nun vollständige Umstellung auf Globalbudgets und die damit verbundene Diskussion über Leistungsziele durch einen gewissen Realismus geprägt. Die Einsicht vieler Parlamentarier, dass die jetzigen Leistungen, welche die Stadt Bülach erbringt, notwendig sind, ist fortgeschritten. Weitere Einsparungen würden zwangsläufig mit einem echten Leistungsabbau einhergehen. Und dies heisst nichts anderes, als dass den wenig begüterten Einwohnern von Bülach noch etwas mehr weggenommen und den Wohlhabenden etwas mehr zugeschant wird. In diesem Sinne haben wir auch erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei der Finanzplanung gemäss nun vorliegendem Antrag von der Variante ohne Steuerfussenkung ausgegangen ist. Scheint sich nun etwa auch im Stadtrat die Meinung durchzusetzen, dass es sinnvoll ist, die jetzigen Leistungen zu erbringen und sich eine Steuerfussenkung somit nicht mit einer Gesundung unserer Gemeindefinanzen in Einklang bringen liesse? Umso mehr erstaunt es, dass es im Gemeinderat immer noch Parlamentarier gibt, die der Steuerfussreduktion grosse Priorität einräumen. Wir müssen endlich das Wünschbare vom Möglichen trennen. Bei den Leistungen haben wir dies unter Büli+ gemacht, es ist an der Zeit, dass dies auch bei der Steuerfussdiskussion endlich geschieht. Die Grüne Fraktion wird den Voranschlag 2007 des Stadtrates unterstützen und sich weiterhin für eine nachhaltige Gesundung des Finanzhaushaltes einsetzen. Daher unterstützen wir auch den gleich bleibenden Steuerfuss. Noch ein Punkt zu den Ausführungen von Stadtrat Walter Baur: Ein Budget soll realistisch sein, nicht defensiv. Deshalb erstaunt es doch, wenn bereits jetzt die Rede von einer ausgeglichenen Rechnung 2007 ist.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Detailberatung

#### Kapitel 1 – Bau und Umwelt

**Fritz Münger** beantragt namens der Fachkommission I Genehmigung des Kapitels. Bei der Vorkostenstelle erwartet er in Zukunft mehr Transparenz.

Die Produkte BA-1 bis BA-6 werden einstimmig genehmigt. Die Vorkostenstelle Bau und Umwelt wird mit 24 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

#### Kapitel 2 – Bildung

**Matthias Schwank** hält der Transparenz wegen zu BI-4 fest, dass der Stadtrat die Schulsozialarbeit um 60 % ausbauen wolle. Die Mehrheit der Fachkommission II unterstütze dieses Präventionsmittel.

**Fritz Münger** empfiehlt zu BI-5, alle liegenschaftsfremden Investitionen in eine andere Produktgruppe zu verschieben und die Schulliegenschaften in die Produktgruppe BA-3 Liegenschaften zu integrieren. Dies würde der Übersichtlichkeit dienen.

**Stephan Blättler** beantragt, BI-4 auf dem Betrag des Voranschlags 2006 (496'000 Franken) zu belassen. Bildung sei wichtig, sie habe jedoch eine massgebliche Steigerung im Budget erfahren. Dort wo man nicht verpflichtet sei auszubauen, sei es gut, einmal zu verzichten.

**Stadtrat Max Nievergelt** bittet, auf die Kürzung zu verzichten. Der Budgetantrag sei lange vor dem „Fall Seebach“ gestellt worden. Die Klassen würden grösser, Kleinklassen fielen weg, die Lehrpersonen seien durch ISF (integrierte Schulungsform) immer mehr gefordert. Mit Schulsozialarbeitern habe man sehr gute Erfahrungen gemacht. Mit Schulsozialarbeit könne man vielem vorbeugen.

### Abstimmungen

- Die Produktebudgets BI-1 bis B3 sowie BI-6 werden einstimmig genehmigt.
- Der Kürzungsantrag von Stephan Blättler zu BI-4 wird mit 3 : 21 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt. Das Budget zu BI-4 mit 578'000 Franken wird anschliessend mit 19 : 2 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, genehmigt.
- Das Produktebudget BI-5 wird einstimmig genehmigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Kapitel 3 – Sport, Jugend und Veranstaltungen

**Matthias Schwank** bemängelt die Unübersichtlichkeit von SJ-2, die auf zahlreiche Umbuchungen zurückzuführen sei. Die entscheidende Änderung aber sei, dass das Budget der Vereinssubventionen um 25'000 Franken erhöht werden solle. Die Fachkommission II stehe dem mehrheitlich positiv gegenüber. Die Vergabe erfolge nach dem neuen Konzept.

**Stephan Blättler** beantragt, das Budget SJ-2 um 25'000 Franken zu reduzieren. Er anerkenne die Freiwilligenarbeit, bei der angespannten Finanzlage und dem anstehenden Grossprojekt „Hagenbuechen“ habe die Erhöhung keinen Platz. Zudem beantragt er namens seiner Fraktion, das Produktebudget SJ-3 um 10'000 Franken zu kürzen.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** verweist auf die Bedeutung der Freiwilligenarbeit. Für die Umsetzung des neuen Konzepts benötige man diese 25'000 Franken zusätzlich.

#### **Abstimmungen**

- Die Produktebudgets SJ-1 und SJ-4, inkl. Vorkostenstelle Sport, Jugend und Veranstaltungen, werden einstimmig genehmigt.
- Der Antrag Stephan Blättler, SJ-2 um 25'000 Franken zu kürzen, wird mit 5 : 18 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt. Das Produktebudget SJ-2 mit 561'000 Franken wird mit 19 : 2 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, gutgeheissen.
- Der Antrag Stephan Blättler, das Produktebudget SJ-3 um 10'000 Franken zu reduzieren, wird mit 7 : 17 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt. Das Produktebudget SJ-3 mit 129'000 Franken wird mit 18 : 4 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, gutgeheissen.

### Kapitel 4 – Einwohner und Sicherheit

**Fritz Münger** bittet den Stadtrat zu prüfen, wie Benutzer der Schiessanlage Langenrain (ES-1) an den Investitionen in die Infrastruktur beteiligt werden können und bei ES-5 schlägt er vor, die Eigentumsverhältnisse des Feuerwehr-Oldtimers zu prüfen, z.B. Übergabe des Fahrzeugs an den Feuerwehrverein.

#### **Abstimmungen**

Die Produktebudgets ES-1 bis ES-10 werden einstimmig genehmigt und die Vorkostenstelle Einwohner und Sicherheit wird mit 24 : 2 Stimmen gutgeheissen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Kapitel 5 – Finanzen

**Alfred Schmid** hat zur Budgetierung der Gemeindesteuern eine Bemerkung: Bei den ordentlichen Steuern für das laufende Jahr sei das Budget in den letzten drei Jahren nie erreicht worden. Dieses Jahr sei vorsichtiger budgetiert worden. Umgekehrt sei bei den ordentlichen Steuern aus früheren Jahren zu pessimistisch prognostiziert worden, auch dort habe man dieses Jahr eine realistischere Planung vorgenommen.

Das Betriebsamt decke die Kosten nicht ganz durch Gebühren. Man habe das Anliegen deponiert zu klären, ob noch verursachergerechtere Gebühren möglich wären.

### **Abstimmung**

Die Produkte FI-1 bis FI-6 inkl. Vorkostenstelle Finanzen werden stimmig gutgeheissen.

### Kapitel 6 – Soziales und Gesundheit

**Jakob Briner** hält fest, dass der Reissverschluss (SG-3) sehr wichtig sei. Einerseits helfe er beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben und schaffe Perspektiven, andererseits entlaste er die Fürsorge und damit das Budget. Er verweist auf Vergleiche mit Städten gleicher Grössenordnung. Jeweils zwei Jahre nach Einbruch der Wirtschaft steige der Betreuungsaufwand an, weil dann die Zahl der Ausgesteuerten spürbar zunehme. Der Taglohn entspreche einem grossen Bedürfnis, sei jetzt aber an der Kapazitätsgrenze angelangt. Um den Andrang bewältigen und wieder mehr Aufträge annehmen zu können, beantrage man eine 100 % Stelle sowie 110'000 Franken für ein Fahrzeug und bauliche Investitionen. Der Reissverschluss disponiere sehr genau mit seinen Betreuern. In schwierigen Zeiten seien die Stellenprozente hoch, sobald die Zahl der Betreuer rückläufig sei, fahre man auch die Stellen zurück. Es seien noch nie überflüssige Betreuer eingestellt gewesen, das werde auch in Zukunft so sein. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Die starke Erhöhung bei SG-4 (Alterswohnheim Rössligasse) habe mit einem Fehler bei der Budgetierung im letzten Jahr zu tun. Vergleiche man die Rechnung 2005 mit dem Voranschlag 2007, stelle man fest, dass letzterer immer noch besser sei als die Rechnung.

Ähnlich verhalte es sich bei der Kinderbetreuung SG-1. Irrtümlich sei eine vakante Stelle gestrichen worden. Man beantrage nachträglich, diese wieder regulär zu besetzen und das Budget von 67'000 auf 133'000 Franken zu erhöhen.

Erfreulich sei die Entwicklung bei SG-11 Gesundheit. Das Spitaldefizit betrage 165'000 Franken weniger als angenommen. Um diesen Betrag könne der Voranschlag reduziert werden, was auch beantragt werde.

**Andrea Schmidhauser** will wissen, ob die Stelle bei der Kinderbetreuung (SG-1) schon wieder besetzt sei.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

**Stadtrat Mark Eberli** bestätigt dies.

**Milos Alincic** macht beliebt, bei SG-1 dem Betrag gemäss Budget zuzustimmen. Wenn man erst jetzt merke, dass man eine Stelle nicht brauche, benötige man sie vermutlich tatsächlich nicht. Ferner interessiert ihn, ob die 110'000 Franken bei SG-3 bereits im Budget enthalten sind.

**Jakob Briner** bestätigt die Aussage zu SG-3.

### Abstimmungen

- Der Antrag der Fachkommission III, das Budget der Kinderbetreuung (SG-1) von 67'0000 auf 133'000 Franken zu erhöhen, wird mit 22 : 3 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.
- Die Produkte SG-2 bis SG-10 sowie SG-12 und die Vorkostenstelle Soziales und Gesundheit werden mit 25 : 1 Stimmen genehmigt.
- Dem Antrag der Fachkommission III, den Defizitbeitrag an den Spitalzweckverband um 165'000 Franken auf 1'154'000 Franken zu reduzieren, wird einstimmig gutgeheissen. In der Folge wird das bereinigte Produktebudget SG-11 mit 1'861'000 Franken einstimmig genehmigt.

### Kapitel 7 - Städtische Betriebe

**Fritz Münger** bemerkt, der Stadtrat habe mit der Gebührenerhöhung beim Wasser und Abwasser den richtigen Weg eingeschlagen.

### Abstimmung

Die Produkte SB-1 bis SB-6, inklusive Vorkostenstelle Städtische Betriebe, wird einstimmig genehmigt.

### Kapitel 8 - Land- und Forstwirtschaft

Die Produkte LF-1 bis LF-4, inkl. Vorkostenstelle Land- und Forstwirtschaft werden diskussionslos mit 25 Stimmen, bei 1 Enthaltung, genehmigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Kapitel 9 – Management Dienste

**Matthias Schwank** bemerkt, dass bei MD-2 – analog zu SJ-2 – die Kulturvereine mit 25'000 Franken mehr unterstützt würden. Die Fachkommission II unterstütze diesen Antrag mehrheitlich.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** weist auf einen Übertragungsfehler bei MD-3 hin. Der Betrag müsse auf 277'000 Franken lauten, statt 282'000 Franken.

Bei der Produktegruppe MD-1 beantragt **Alfred Schmid** namens der RPK, die Mehrausgaben für die Pensionskassenbeiträge in den Voranschlag aufzunehmen. Gemäss Stadtpräsident Walter Bosshard belaufen sich diese auf 20'000 Franken.

**Stephan Blättler** beantragt, das Globalbudget von MD-2 von 372'000 Franken auf 333'000 Franken zu kürzen: Er gehe vom Voranschlag 2006 mit 354'000 Franken aus. Davon gingen 31'000 Franken weg, die fälschlicherweise für das Judo gebucht worden seien. Dazu räume er 10'000 Franken für die Kinderkonzerte ein. Das neue Konzept alleine rechtfertige keine höheren Beiträge. Auch hier sei er nicht gegen die Kultur, es gehe darum, sich nach der Decke zu strecken.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** meint, es gehe um die Motivation und Förderung der Jugendlichen. Man wolle zudem mit der Umstrukturierung der Kulturkommission mehr Nähe zu den Vereinen und Kulturorganisationen schaffen. 2011 stehe das 1'200-Jahr-Jubiläum der Stadt an. Erste Vorbereitungen seien im Gange. Er bittet, den Antrag von Stephan Blättler abzulehnen.

### **Abstimmungen**

- Der Erhöhung von MD-1 um 20'000 Franken wird einstimmig zugestimmt. Das bereinigte Produktebudget MD-1 mit 982'000 Franken wird ebenfalls einstimmig genehmigt.
- Der Antrag Stephan Blättler, MD-2 von 372'000 Franken auf 333'000 Franken zu kürzen, wird mit 8 : 16 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt. Das Produktebudget MD-2 mit einem Aufwand von 372'000 Franken wird mit 18 : 7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, genehmigt.
- Das um 5'000 Franken auf 277'000 Franken reduzierte Globalbudget MD-3 wird einstimmig abgenommen.
- Die Produktebudgets MD-4 und MD-5, inkl. Vorkostenstelle Management Dienste, werden einstimmig genehmigt.
- Der Produktegruppenvoranschlag 2007 wird in der Schlussabstimmung mit 23 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Investitionsrechnung

**Andrea Schmidhauser** stellt namens der FDP-Fraktion folgenden Antrag zu Investitionsrechnung: „Alle Investitionen des Finanzvermögens werden dem Gemeinderat zur Kreditbewilligung vorgelegt. Begründung: Das Finanzvermögen enthält diejenigen Vermögenswerte, welche für den Betrieb der Stadt nicht notwendig sind und jederzeit veräussert werden können. Das sind Finanzanlagen, aber auch ideelle Vermögenswerte. Deshalb gibt es unseres Erachtens keine gebundenen Investitionen im Finanzvermögen. Wir fordern, dass all diese Investitionsvorhaben dem Gemeinderat zur Bewilligung vorgelegt werden. Konkret heisst dies für das am 15.11.06 publizierte Investitionsvorhaben „Renovation Hotel zum Goldenen Kopf“, dass dieses dem Gemeinderat als erstes zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Die Argumentation, dass das Volk über den Sanierungskredit im Jahre 1996 befunden hätte und die Investitionen deshalb gebunden wären, funktioniert nicht. Die vom Volk bewilligte Sanierung ist nämlich längst abgeschlossen und die Bauabrechnung wurde vom Gemeinderat abgenommen. Somit handelt es sich um ein neues Sanierungsvorhaben, auch wenn es um dieselbe Liegenschaft geht.“

**André Rollin** entgegnet, dass ein solcher Beschluss gegen das Gemeindegesetz verstossen würde. Jenes unterscheide nicht zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen. Es gebe auch gebundene Ausgaben im Finanzvermögen. Erachte der Gemeinderat eine vom Stadtrat als gebunden erklärte Ausgabe für nicht gebunden, so könne dies nur mittels Aufsichtsbeschwerde gerügt werden.

**Milos Alincic** meint, der Antrag mache keinen Sinn, wenn er übergeordnetem Recht widerspreche. Man habe aber heute viel von gegenseitigem Vertrauen gehört. Vertrauensbildend wäre seiner Meinung nach, wenn der Stadtrat dieses Geschäft von sich aus vorlegen würde, auch wenn er es nicht müsste.

**Mike Bader** wird dem Antrag nicht zustimmen, findet ihn aber diskussionswürdig. Bei grösseren Investitionen ins Finanzvermögen könne es Sinn machen, wenn der Gemeinderat dazu Stellung nehmen könne.

**Stephan Blättler** wird den Antrag ebenfalls nicht unterstützen. Es komme darauf an, was man mit dem Finanzvermögen mache. Als Vermieter oder Verpächter habe man gegenüber dem Mieter oder Pächter privatrechtliche Verpflichtungen. Da mache es keinen Sinn, wenn ein politisches Gremium entscheide. Jene Entscheide seien beim Stadtrat in der richtigen Hand.

Daraufhin zieht **Andrea Schmidhauser** den Antrag zurück.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Kapitel 0 – Behörden und Verwaltung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 1 – Rechtsschutz und Sicherheit

Keine Wortmeldung – Genehmigung mit 25 Stimmen, bei 1 Enthaltung.

### Kapitel 2 – Bildung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 3 – Kultur und Freizeit

**Milos Alincic** fragt, ob bei einer Zustimmung zu diesem Kapitel der Saunakredit von 1,6 Mio. Franken gleich mitbewilligt sei oder ob der Rat darüber tatsächlich noch separat befinden könne.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** bestätigt, dass mit der Zustimmung zum Kapitel 3 der Entscheid zur Sauna nicht präjudiziert wird.

Das Kapitel 3 wird einstimmig genehmigt.

### Kapitel 4 – Gesundheit

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 5 – Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung – Genehmigung mit 23 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung.

### Kapitel 6 – Verkehr

**Milos Alincic** findet, wenn die nächste behindertengerechte Bushaltestelle so erstellt werde wie jene an der Berglistrasse, so gehöre der Betrag von 80'000 Franken aus dem Budget gestrichen. Jene Haltestelle provoziere bei den Automobilisten viel Unmut und sie sei gefährlich. Er beantrage, die 80'000 Franken zu streichen.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** entgegnet, der Umbau der Haltestelle sei eine gesetzliche Vorgabe des ZVV. Die Gemeinden seien auf ihren Strassen verpflichtet, bis 2012 ihre Haltestellen behindertengerecht zu machen. Er bittet, von der Streichung abzusehen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

**Heinz Kousz** spricht von einem Schildbürgerstreich. Unachtsame Velofahrer würden in die Haltestelle reinfahren und die Vortrittsfrage führe bei den Automobilisten zu Missverständnissen. Er meine, man dürfe Strassen nicht zumauern und zu Perrons machen. Stehe ein Bus dort, gehe gar nichts mehr. Er unterstützt den Streichungsantrag.

**Markus Wobmann** bemerkt, man solle sich die Randsteine nach bloss zwei Monaten ansehen – schwarz auf beiden Seiten. Bei den Buschaffeuern löse die Haltestelle nur Kopfschütteln aus. Vorschriften hin oder her, man solle den Menschenverstand walten lassen.

### **Abstimmungen**

- Der Streichungsantrag wird mit 6 : 13 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, abgelehnt.
- Das Kapitel 6 wird mit 19 : 5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, genehmigt.

### Kapitel 7 – Umwelt und Raumordnung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 8 – Volkswirtschaft

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 9 – Finanzen

Keine Wortmeldung – Genehmigung mit 24 : 2 Stimmen.

In der Schlussabstimmung wird die Investitionsrechnung mit 21 : 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

### **Steuerfuss**

Keine Diskussion – einstimmig genehmigt.

In der Schlussabstimmung wird der Voranschlag 2007 inkl. Steuerfuss mit 23 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, genehmigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Der Voranschlag 2007 des Politischen Gemeindegutes wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2007 wird auf 102 Prozent des hundertprozentigen Staatssteuerertrages belassen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Mitteilung an:
  - Stadtrat
  - Finanzabteilung

Traktandum 6

### **Einbürgerungsgesuche**

---

**Die Vorsitzende** gibt den Ablauf bekannt: „Auf das Verlesen des Referentenberichtes wird bei befürwortenden und gleichlautenden Anträgen des Stadtrates und der Bürgerrechtskommission verzichtet, sofern aus dem Rat nicht Antrag auf Verlesen gestellt wird. Bei gegenteiligen oder ablehnenden Anträgen wird zur Wahrung des rechtlichen Gehörs der Bericht durch den/die Referenten/in der Bürgerrechtskommission verlesen. Enthält der Referentenbericht Informationen, die den Persönlichkeitsschutz verletzen, bitte ich die Referenten, vor dem Verlesen ihres Berichts Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu stellen. Wird ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt, wird dieses Gesuch automatisch am Schluss des Traktandums behandelt, denn die Zuschauer müssen bereits bei der Diskussion über einen solchen Antrag den Saal verlassen. Der Ausschluss der Öffentlichkeit darf aber nur beantragt werden, wenn durch die öffentliche Beratung der Schutz der Privatsphäre der Gesuchsteller beeinträchtigt wird (z.B. Vermögensverhältnisse, familiäre Verhältnisse, Gesundheit), nicht aber bei Fragen zur Integration oder zu den Sprach- und Staatskundekenntnissen.“



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### **a) Kiliç-Sonttepe Ismail und Aysel, mit Mücahit und Mehmet (Türkei)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 25 : 1 Stimmen:

1. Kiliç, Ismail und dessen Ehefrau Kiliç geb. Sonttepe, Aysel sowie deren Kinder Kiliç, Mücahit und Kiliç, Mehmet, türkische Staatsangehörige, Soligänterstrasse 24, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Ismail und Aysel Kiliç-Sonttepe, Soligänterstrasse 24, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

### **b) Nayki, Mehmet Mustafa (Türkei)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 24 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung:

1. Nayki, Mehmet Mustafa, türkischer Staatsangehöriger, Soligänterstrasse 24, Bülach, wird gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 800.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Mehmet Mustafa Nayki, Soligänterstrasse 24, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### **c) Thirunavukarasu Krishnakumar und Krishnakumar geb. Amarasingam Subatha, mit Abiramy und Ashwin (Sri Lanka)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Thirunavukarasu, Krishnakumar und dessen Ehefrau Krishnakumar geb. Amarasingam, Subatha sowie deren Kinder Krishnakumar, Abiramy und Krishnakumar, Ashwin, srilankerische Staatsangehörige, Im Wisli 1, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Krishnakumar Thirunavukarasu, Im Wisli 1, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

### **d) Adilovic-Milanovic Ishak und Mesudina, mit Asmir und Senedin (Bosnien und Herzegowina)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 24 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung:

1. Ishak Adilovic und dessen Ehefrau Mesudina Adilovic geb. Milanovic sowie deren Kinder Asmir Adilovic und Senedin Adilovic bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Allmendstrasse 83, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Ishak und Mesudina Adilovic, Allmendstrasse 83, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### **e) Vilus-Vidovic Mato und Nevenka, mit Marjia und Vilus (Kroatien)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 24 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung:

1. Vilus, Mato und dessen Ehefrau Vilus geb. Vidovic, Nevenka sowie deren Kinder Vilus, Marija und Vilus, Mato, kroatische Staatsangehörige, Berglistrasse 34, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Mato und Nevenka Vilus-Vidovic, Berglistrasse 34, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

### **f) Ikc-Biševac Huzeir und Mirsada, mit Emra und Albin (Serbien und Montenegro)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 24 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung:

1. Ikc, Huzeir und dessen Ehefrau Ikc geb. Biševac, Mirsada sowie deren Kinder Ikc, Emra und Ikc, Albin, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Hohfuristrasse 3, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Huzeir und Mirsada Ikc-Biševac, Hohfuristrasse 3, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### **g) Pepaj Nue, mit Luigi und Merita (Serbien und Montenegro)**

---

**Bruno Basler** stellt Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit, das Gesuch wird am Ende des Traktandums verhandelt.

### **h) Gjakova Adile (Serbien und Montenegro)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 23 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung:

1. Gjakova, Adile, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Hohfuristrasse 3, Bülach, wird gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 800.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Adile Gjakova, Hohfuristrasse 3, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

### **i) Petrovic Srbislav, mit Stefan (Serbien und Montenegro)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** mit 24 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung:

1. Petrovic, Srbislav sowie dessen Sohn Petrovic, Stefan, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Winterthurerstrasse 34, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 800.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Srbislav Petrovic, Winterthurerstrasse 34, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### **j) Bate Leminhos José Fernando und Estevens Cheira Bate Leminhos-Estevens Cheira Maria José mit Sara und Edgar (Portugal)**

---

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig:

1. Bate Leminhos, José Fernando und dessen Ehefrau Estevens Cheira Bate Leminhos geb. Estevens Cheira Maria José sowie deren Kinder Cheira Leminhos, Sara und Cheira Leminhos, Edgar, portugiesische Staatsangehörige, Schleufenbergstrasse 16, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) José Fernando und Maria José Bate Leminhos, Schleufenbergstrasse 16, Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

*Die beiden nachfolgenden Gesuche werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten (der einzige im Saal noch anwesende Zuschauer hat den Saal von sich aus verlassen).*

### **k) San Aslan (Türkei)**

---

Geheime Verhandlung

### **g) Pepaj Nue, mit Luigi und Merita (Serbien und Montenegro)**

---

Geheime Verhandlung

Traktandum 7

### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

**Mike Bader** macht beliebt, dass das Gemeinderatsbüro den korrekten Ablauf von Eintretensdebatten prüft.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

Traktandum 8

### **Diverses**

---

**Esther Caviola**, SP, verliest folgende Fraktionserklärung zum Einsatz von Sozialinspektoren:

„Dass Missbrauch mit der Sozialhilfe betrieben wird, ist nicht zu verleugnen. Wie dieser aber bekämpft wird, ist eine andere Sache. Statt über den Missbrauch zu reden, müsste vielmehr darüber diskutiert werden, wie die Armut bekämpft werden soll. Es ist eine Illusion zu meinen, der Missbrauch könne allein durch Kontrollen und Überwachung gestoppt werden. Die Stadt Bülach will jetzt gegen missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfegeldern vorgehen. Dafür setzt sie in einer Versuchsphase externe Sozialinspektoren ein, welche im Verdachtsfall von der Sozialbehörde eingesetzt werden. Im Moment werden vier solche verdächtigen Fälle auf diese Weise überwacht (was im Übrigen weniger als 2 % der hängigen Dossiers ausmacht). Die externen Ermittler beschaffen dann Informationen und melden Wahrnehmungen, die sie in der Öffentlichkeit sammeln, der Sozialbehörde zurück. Dazu hält die SP-Fraktion fest:

- Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind dürfen nicht generell verdächtigt werden, Missbrauch zu betreiben!
- Es darf keine Ermittlung erfolgen ohne begründeten Verdacht auf Missbrauch!
- Kontrollen und Überwachung allein können den Missbrauch nicht stoppen!

Die SP-Fraktion fordert:

- Beschäftigungsprogramme müssen ausgebaut werden.
- Der Gemeinderat soll nach Abschluss dieser Versuchsphase bzw. nach Abschluss der Ermittlungen über deren Ausgang die aufgebrachtten Kosten für die externen Ermittler und die aus den Ermittlungen resultierenden Einsparungen schriftlich informiert werden.“

Informationen **der Vorsitzenden:**

#### Workshop Stadtrat/Gemeinderat

Ich bitte Sie höflich, sich den Samstag, 24. März 2007, für einen Workshop zum Thema „Zusammenarbeit Stadtrat / Gemeinderat“ zu reservieren. Eine Spurgruppe aus Vertretern des Stadt- und Gemeinderates ist an der Arbeit, diesen vorzubereiten. Der Workshop wird einen guten halben Tag dauern, die genaue Zeit ist noch nicht bekannt, wird Ihnen aber Ende Januar mitgeteilt. Es wird eine möglichst vollzählige Teilnahme erwartet.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 11. Dezember 2006  
Sitzung vom

### Gemeinderatsreise vom 13. Januar 2007

Die Anmeldefrist für die Gemeinderatsreise läuft am 15. Dezember ab. Bitte diesen Termin unbedingt einhalten.

### Vom Stadtrat beantwortete parlamentarische Vorstösse

#### **Anfrage Matthias Schwank betreffend Verkehr in Bülach Süd**

Antwort Stadtrat vom 01.11.2006 (SRB-Nr. 284); Beilage 6 zum Originalprotokoll

### **Rechtsbelehrung**

**Die Vorsitzende** verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 15. Dezember 2006

Für die Richtigkeit:

Roger Suter, Ratssekretär

Geprüft:

Rosa Pfister-Kempf, Präsidentin

Heinz Kousz  
1. Vizepräsident

Stefan Schnegg  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiberin
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung